

JLU

NEUE WEGE. SEIT 1607.

JUSTUS-LIEBIG-
UNIVERSITÄT
GIESSEN

PROFESSUR FÜR KRIMINOLOGIE | TIM PFEIFFER

ERGEBNISSE DER KOMPASS- BÜRGERBEFRAGUNG 2024 IN LOHFELDEN

© 2024 Professur für Kriminologie (Prof. Dr. Britta Bannenberg), JLU Gießen

Licher Straße 64, 35394 Gießen

Telefon: (0641) 99 215 71

E-Mail: sekretariat.bannenberg@recht.uni-giessen.de

<https://www.uni-giessen.de/fbz/fb01/professuren-forschung/professuren/bannenberg>

Das vorliegende Werk inklusive aller Tabellen und Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der gesetzlich zugelassenen Fälle ist ohne die schriftliche Einwilligung der Professur für Kriminologie (Prof. Dr. Britta Bannenberg) unzulässig und strafbar. Weder das Werk noch Teile davon dürfen ohne entsprechende Einwilligung anderweitig veröffentlicht werden.

Umschlagabbildung © Andreas Breitling | pixabay

JUSTUS-LIEBIG-

Fachbereich Rechtswissenschaft



UNIVERSITÄT
GIESSEN



Professur für Kriminologie
Prof. Dr. Britta Bannenberg

Ergebnisse der
KOMPASS-Bürgerbefragung 2024
in Lohfelden

Verfasser: Tim Pfeiffer

Unter Mitarbeit von: Jasmin Fasel

Inhalt

1. Zielsetzung	1
2. Ablauf der Befragung	2
3. Stichprobenbeschreibung	5
4. Ergebnisse der repräsentativen Bürgerbefragung in Lohfelden	9
4.1 Dringlichste Probleme aus Sicht der Befragten	9
4.2 Sicherheitsgefühl & Kriminalitätsfurcht	10
4.2.1 Affektive Kriminalitätsfurcht	11
4.2.2 Kognitive Kriminalitätsfurcht	12
4.2.3 Konative Kriminalitätsfurcht	14
4.3 Subjektive Erfahrungen & Wahrnehmungen	17
4.3.1 Incivilities	17
4.3.2 Wahrnehmung von Angstorten	20
4.3.3 Viktimisierungserfahrungen in den letzten 12 Monaten	24
4.4 Präventionsansätze aus Sicht der Befragten	26
5. Ausblick auf das weitere Vorgehen im Rahmen von KOMPASS	28
Literaturverzeichnis	32

1. Zielsetzung

Seit 2023 nimmt die Gemeinde Lohfelden an der Sicherheitsinitiative „KOMPASS“ (Kommunalprogramm Sicherheitsiegel) teil. Hierbei handelt es sich um ein Projekt des hessischen Innenministeriums (HMdIS), das darauf abzielt, Kriminalität und Unsicherheitsgefühle in hessischen Städten und Kommunen einzudämmen. Um dieses Ziel zu erreichen, wird in den teilnehmenden Städten und Gemeinden zunächst eine detaillierte Sicherheitsanalyse durchgeführt. Anschließend sollen auf dieser Grundlage passgenaue kriminalpräventive Strategien erarbeitet und umgesetzt werden. Der Leitgedanke des Vorhabens ist, dass Sicherheit als gemeinsame Aufgabe von Bürgerinnen und Bürgern, Polizei und Kommune zu verstehen ist: Durch vertrauensvolle Zusammenarbeit und enge Vernetzung der einzelnen Akteure soll eine Bündelung der jeweiligen Kompetenzen im Bereich der Kriminalprävention erreicht werden.

Im Rahmen von KOMPASS kommt den Bürgerbefragungen entscheidende Bedeutung zu. Um möglichst passgenaue und an den konkreten Problemen vor Ort orientierte individuelle und evidenzbasierte Maßnahmen implementieren zu können, bedarf es zunächst der Identifizierung von Problemlagen und -orten. Dabei dient die Sicherheitsbefragung u.a. dazu, die polizeilichen Daten [z.B. in Form der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS)] sowie die der Kommunen zu ergänzen, um ein verlässliches, der Realität angenähertes Kriminalitätslagebild erstellen zu können.

Bei den Befragungen selbst liegt ein besonderer Fokus auf dem subjektiven Sicherheitsempfinden, um u.a. sogenannte „Angstorte“ innerhalb der Kommune zu lokalisieren und sodann durch entsprechende Maßnahmen sowohl die objektive als auch die subjektive Sicherheit sowie (damit einhergehend) die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger nachhaltig zu verbessern. In diesem Zusammenhang ist zu betonen, dass sich bestimmte Ängste nicht immer in den Hellfelddaten zur Kriminalität widerspiegeln mögen. Gleichwohl sollten die Empfindungen unbedingt ernstgenommen werden.

Die repräsentative Bürgerbefragung wurde im Auftrag der Gemeinde Lohfelden von der Professur für Kriminologie der JLU Gießen unter der Leitung von Herrn Tim Pfeiffer durchgeführt. Im vorliegenden Auswertungsbericht werden die Ergebnisse der Erhebung dargestellt und erläutert.

2. Ablauf der Befragung

Da die Erfassung der Sorgen und Ängste der Bevölkerung (Stichwort „Sicherheitsgefühl“) eine tragende Säule bei der Schaffung passgenauer Lösungsangebote bildet, wurde die Wahl der Methodik maßgeblich von der Motivation geprägt, möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zu geben, an der Erhebung mitzuwirken. Weil aber eine Vollerhebung – also die Befragung jeder einzelnen Person der Grundgesamtheit¹ – speziell bei großen Populationen nicht nur sämtliche Ressourcen sprengt, sondern darüber hinaus auch kein notwendiges Kriterium zur Gewinnung generalisierbarer Aussagen über die Grundgesamtheit darstellt,² wurde bei der Auswahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf das Verfahren der Stichprobenziehung zurückgegriffen. Schließlich genügt die Ziehung einer bestimmten Menge von Personen, damit

„[...] aus Ergebnissen einer Stichprobe in Bezug auf die Verteilung aller Merkmale (innerhalb bestimmter statistischer Fehlergrenzen) auf die Verteilung dieser Merkmale in der Grundgesamtheit geschlossen werden kann.“³

Die alles entscheidende Voraussetzung für eine Stichprobe im Hinblick auf das soeben angesprochene Ziel der „Repräsentativität“ besteht in der *zufallsbasierten* Auswahl der Befragten.⁴ Selbstverständlich muss die Stichprobe dafür einen gewissen Mindestumfang aufweisen, wobei die Größe der Grundgesamtheit (nur) *eine* entscheidende Rolle spielt.⁵ Im Zusammenspiel mit weiteren, vorab festzulegenden Werten⁶ kann dann die notwendige Größe der zufällig zu ziehenden Stichprobe präzise berechnet werden. Für Lohfelden wurde – unter Berücksichtigung eines geschätzten Rücklaufs von höchstens 10 % („Sicherheitswert“) – ein Mindestumfang von 3.740 (Brutto-Ausgangsstichprobe; gerundet) ermittelt. Unter Berücksichtigung stichprobenneutraler Ausfälle liegt die **Rücklaufquote** mit **ca. 17,73 %** (663 Teilnehmerinnen und Teilnehmer) aber über den 10 %, die bei der Berechnung der Stichprobengröße als Sicherheitswert zugrunde gelegt wurden.

¹ Die Grundgesamtheit wurde für alle Erhebungen im Rahmen von KOMPASS einheitlich auf alle Personen festgelegt, die mindestens 14 Jahre alt sind und ihren Haupt- oder Nebenwohnsitz in der Kommune haben.

² Schnell/Hill/Esser (2018), Methoden der empirischen Sozialforschung, S. 243.

³ Schnell/Hill/Esser (2018), Methoden der empirischen Sozialforschung, S. 277 f.

⁴ Leonhart (2017), Lehrbuch Statistik, S. 157.

⁵ Aus diesem Grund liegt der Fokus dieser Ausführungen (mit Ausnahme der Abschnitte 4.3.2 und 4.3.3) auf den Ergebnissen, die innerhalb der statistischen Grenzen auf die Grundgesamtheit übertragbar sind.

⁶ Hier wie folgt: Konfidenzniveau = 95 %, Standardabweichung: $p = 0,5$, erlaubte Fehlerspanne: $e = 0,05$.

Da die Einwohnerzahlen in den einzelnen Stadt- bzw. Ortsteilen einer Kommune aber mitunter stark variieren, muss dieser Umstand auch beim Auswahlverfahren berücksichtigt werden. Andernfalls hätten Bürgerinnen und Bürger aus bevölkerungsstärkeren Teilen der Kommune eine höhere Chance ausgewählt zu werden als solche, die in einem kleineren Teil leben. Dadurch würden die ausgewählten Personen aber je nach Stadt- bzw. Ortsteil, in dem sie leben, bei der Erhebung „über- bzw. unterrepräsentiert“. Da dies wiederum zu einer empfindlichen Verzerrung der Ergebnisse führen kann, wurde im vorliegenden Verfahren eine proportional geschichtete Zufallsstichprobe gezogen. Das bedeutet, dass aus jedem Stadt- / Ortsteil (also aus jeder „Schicht“) eine einfache Zufallsauswahl durch das Einwohnermeldeamt gezogen wurde, wobei der jeweilige Umfang so zu bemessen war, dass er dem jeweiligen Anteil in der Grundgesamtheit entsprach.⁷ Hierfür wurde der Kommune ein Stichprobenplan zur Verfügung gestellt, aus dem die Stichprobengrößen für die einzelnen Stadt- bzw. Ortsteile (je nach Anteil) hervorgingen.

Bei der Erhebung selbst wurde auf das Verfahren der schriftlichen Befragung zurückgegriffen. Dieses bringt im Vergleich zu persönlichen Interviews eine Vielzahl inhaltlicher und methodischer, aber auch technischer und ökonomischer Vorteile mit sich.⁸ Zugänglich gemacht wurde den Befragten das Erhebungsinstrument auf zwei verschiedenen Wegen. Einerseits bediente sich die vorliegende Untersuchung des „klassischen“ Papierfragebogens. Gleichzeitig wurde mit dem Einsatz der Online-Befragungss Applikation „LimeSurvey“ auch das Internet genutzt.

Im Rahmen eines Erstanschreibens wurde den Teilnehmenden der Link zu dem Online-Fragebogen sowie ein zufällig generierter Zugangscode mitgeteilt, durch dessen Eingabe die jeweilige Person Zugriff auf den Fragebogen bekam. Der Zugangscode diente den ausgewählten Teilnehmerinnen und Teilnehmern dabei ausschließlich als „Schlüssel“ zum Öffnen des Fragebogens. Das System nutzte ihn dementsprechend nur zur Überprüfung, ob die Umfrage abgeschlossen wurde oder nicht, um eine mehrmalige Teilnahme derselben Person auszuschließen. Der Zugangsschlüssel wurde nicht zusammen mit den abgegebenen Antworten abgespeichert, sondern in einer getrennten Datenbank aufbewahrt.

⁷ Vgl. die entsprechenden Ausführungen von *Schnell/Hill/Esser (2018)*, Methoden der empirischen Sozialforschung, S. 252 f.

⁸ *Schnell/Hill/Esser (2018)*, Methoden der empirischen Sozialforschung, S. 326 f.

Auch gab es keinen Weg, den Zugangsschlüssel mit den individuellen Antworten zusammenzuführen. Zudem wurde auf den Einsatz sogenannter „Cookies“, mit deren Hilfe eine Überprüfung auf Mehrfachteilnahme ebenfalls möglich gewesen wäre, aus Datenschutzgründen gänzlich verzichtet.

Um aber auch die Teilnahme all jener sicherzustellen, für die eine Beantwortung über das Internet ausscheidet (z.B. Personen ohne Internetzugang), wurden die Adressatinnen und Adressaten im Erstanschreiben darüber informiert, dass eine Teilnahme auch mithilfe eines Papierfragebogens möglich ist. Hierfür wurde Interessierten eine Telefonnummer der Gemeinde Lohfelden mitgeteilt, über die der Papierfragebogen angefordert werden konnte. Dieser wurde sodann von der Gemeinde an die jeweilige Person versendet. Neben einem Zweitanschreiben lag diesem Brief auch ein frankierter Rückumschlag an die Professur für Kriminologie bei, an der die Eingabe der Papierfragebögen vorgenommen wurde. Nach Eingabe und Auswertung der postalischen Fragebögen wurden diese durch eine Spezialfirma für Datenschutzabfälle vernichtet.

Dank des technisch-organisatorischen Verfahrens der dezentralen Datenspeicherung bestand weder für die Gemeinde Lohfelden noch für die Professur für Kriminologie jemals die Möglichkeit der Identifikation einzelner Personen (Stichwort „Anonymität“). Die folgende Übersicht zeigt, welche Daten an welchem Standort verortet waren:

Daten	Gemeinde	JLU Gießen
Namen & Adressen aus der Zufallsauswahl	✓	✗
Zugangscodes	✓	✓
Antworten aus der Befragung (online & in Papierform)	✗	✓

Abbildung 1: Übersicht zur dezentralen Speicherung der Daten im Rahmen des Erhebungsverfahrens.

Bereits im Zuge der wissenschaftlichen Begleitung des Projektes KOMPASS durch die Professur für Kriminologie waren sämtliche Inhalte des Erhebungsverfahrens ebenso wie die den Befragten zu übermittelnde Datenschutzerklärung der Aufsichtsbehörde (dem Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit) zur Überprüfung vorgelegt und von dieser als konform mit der Europäischen Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO) befunden worden.

3. Stichprobenbeschreibung

Die nachfolgende Übersicht zeigt den Rücklauf aus den einzelnen Stadt- bzw. Ortsteilen Lohfeldens im Vergleich zur Grundgesamtheit.

Tabelle 1: Rücklaufquote aus den einzelnen Stadt- / Ortsteilen im Vergleich zur Grundgesamtheit.

Rücklauf aus Lohfelden				
Stadtteil	Grundgesamtheit		Stichprobe	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Crumbach	3.278	25,3	191	29,3
Ochshausen	6.616	51,1	298	45,8
Vollmarshausen	3.053	23,6	162	24,9
Gesamt	12.947	100,0	651	100,0

Mit einer (bereinigten) Rücklaufquote von ca. 17,73 % liegt Lohfelden im Vergleich zu bisherigen Befragungen im Rahmen von KOMPASS unter dem Durchschnitt.⁹ Es zeigt sich, dass die Stichprobe ein zufriedenstellendes Abbild der Grundgesamtheit darstellt. Sämtliche Abweichungen bewegen sich im einstelligen Prozentbereich.

Tabelle 2 zeigt die Geschlechterverteilung unter den Teilnehmenden. Der Frauenanteil liegt in der Stichprobe bei 56,3 %. Für Befragungen zum Thema „Sicherheit“ lässt sich für gewöhnlich konstatieren, dass es regelmäßig zu einer Überrepräsentation von Frauen und älteren Personen kommt, da Erhebungen mit dieser Schwerpunktsetzung bei beiden genannten Bevölkerungsgruppen eine höhere Teilnahmebereitschaft erzeugen, als es beispielsweise bei jungen Männern der Fall ist.¹⁰ Eine leichte, unbeachtliche Überrepräsentation weiblicher Befragungsteilnehmerinnen zeigt sich auch in Lohfelden.

⁹ Bannenberg & Pfeiffer (2023), Abschlussbericht zum Kooperationsvertrag „KOMPASS“, S. 2.

¹⁰ Mit Blick auf die polizeilichen Hellfelddaten besteht jedoch gerade für junge Männer die größte Gefahr, Opfer (oder auch Täter) einer Straftat zu werden. Der Umstand, dass Personen mit vergleichsweise niedriger Viktimisierungswahrscheinlichkeit die höhere Teilnahmebereitschaft bei Befragungen zum Thema „Sicherheit“ aufweisen, während diese bei Gruppen mit höherem Opferwerdungsrisiko wesentlich geringer ausgeprägt ist, wird als „Kriminalitätsfurchtparadoxon“ bezeichnet, vgl. beispielsweise BMI/BMJV (2006), 2. PSB, S. 506 f.

Tabelle 2: Geschlechterverteilung in der Stichprobe.

Geschlechterverteilung			
		Anzahl	in %
Geschlecht	weiblich	366	56,3
	männlich	281	43,2
	divers	3	0,5
Gesamt		650	100,0

Im Rahmen der Erhebung gaben nur 3,1 % der Befragten an, nicht die deutsche Staatsbürgerschaft zu besitzen. Hier zeigt sich eine Schwäche der vorliegenden Erhebung im Hinblick auf die Erreichbarkeit der ausländischen Bevölkerung. Die betreffende Bevölkerungsgruppe ist damit unterrepräsentiert, was einerseits die oben angesprochene Problematik der schwierigen Erreichbarkeit bestimmter Zielgruppen widerspiegelt, darüber hinaus aber auch auf das Problem der Einsprachigkeit des eingesetzten Fragebogens zurückzuführen sein dürfte. Um der ausländischen Bevölkerung in Lohfelden die Möglichkeit zu geben, sich ebenfalls in das Projekt einzubringen und Sorgen, Ängste und Wünsche zu äußern, ist es daher für die Kommune unumgänglich, eine entsprechende Teilnahmeoption zu schaffen. Denkbar wäre etwa die Zusammenarbeit mit dem Ausländerbeirat und anderen Institutionen.

Tabelle 3: Ausländeranteil in der Stichprobe.

Haben Sie die deutsche Staatsangehörigkeit?		
	Anzahl	in %
Ja	597	96,9
Nein	19	3,1
Gesamt	616	100,0

Ein Blick auf die Altersverteilung bei den Befragten zeigt, dass der Teilnehmerkreis hier ein äußerst zufriedenstellendes strukturelles Abbild der Grundgesamtheit darstellt. Der Mittelwert liegt bei 55,08 Jahren (STD = 18,52). Die oder der jüngste Befragte war 14, die älteste teilnehmende Person dagegen fast 100 Jahre alt.

Tabelle 4: Rücklauf im Hinblick auf die Variable „Alter“ in Grundgesamtheit und Stichprobe.

Altersgruppen				
Alter (in Jahren)	Grundgesamtheit		Stichprobe	
	Häufigkeit	Prozent	Häufigkeit	Prozent
14 – 18	700	5,4	30	4,6
19 – 24	884	6,8	18	2,8
25 – 29	773	6,0	29	4,5
30 – 39	1.878	14,5	62	9,6
40 – 49	1.773	13,7	87	13,4
50 – 59	2.306	17,8	123	19,0
60 – 69	2.029	15,7	144	22,2
70 und älter	2.604	20,1	156	24,0
Gesamt	12.947	100,0	649	100,0

Wie die bisherigen Erhebungen im Rahmen von KOMPASS (und andere Untersuchungen zum Thema „Sicherheit“) zeigen, steigt mit zunehmendem Alter einer Person typischerweise auch ihre Bereitschaft zur Teilnahme an einer Bürgerbefragung. Dies spiegelt sich auch in den Ergebnissen von Lohfelden wider. So sind die unteren Altersgruppen (14 – 49 Jahre) allesamt (leicht) unterrepräsentiert. Ab diesem Punkt schlägt die Altersverteilung in eine – mitunter starke – Überrepräsentation aller weiteren Altersgruppen um. Die folgende Abbildung visualisiert diese Entwicklung noch einmal in grafischer Form.

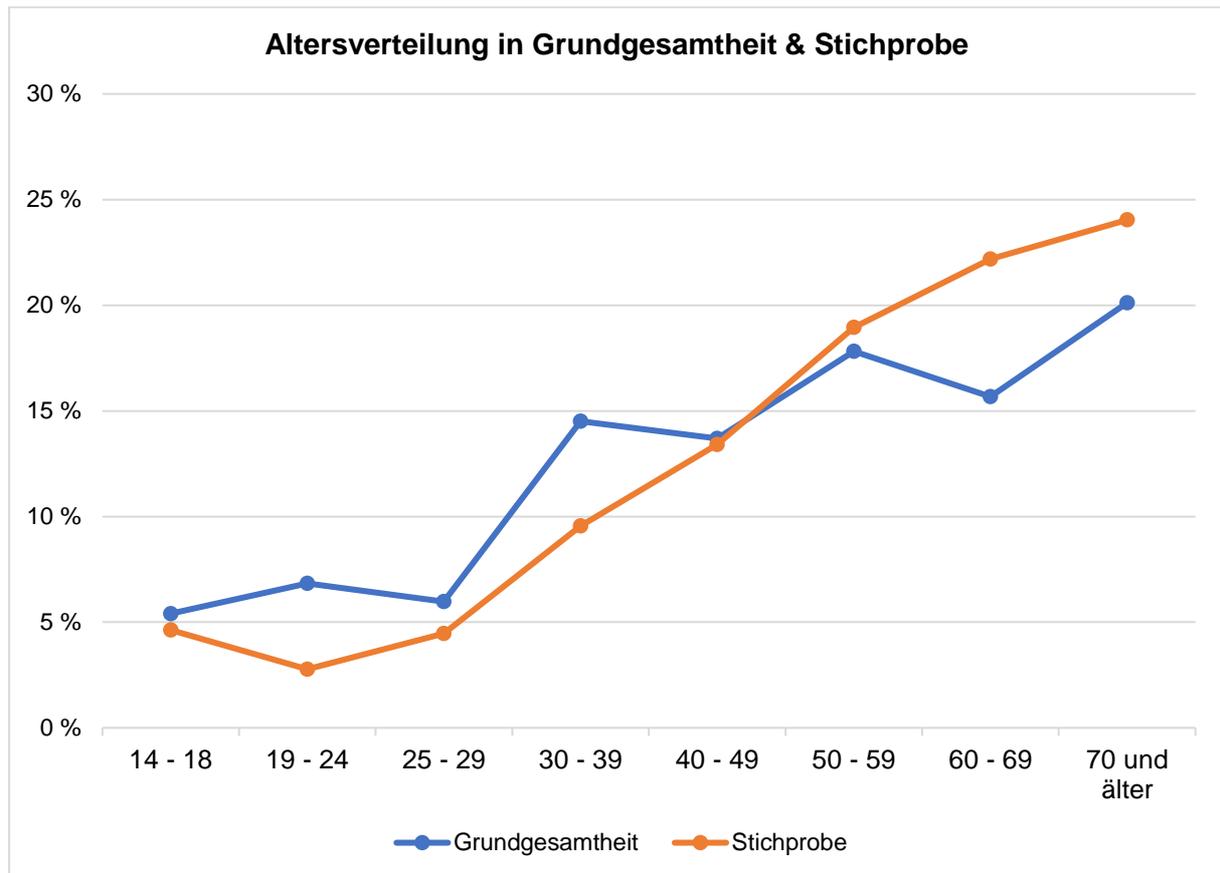


Abbildung 2: Grafik zur Verdeutlichung der Abweichungen in der Altersverteilung von Grundgesamtheit und Stichprobe.

Erfreulich ist, dass sich sämtliche Abweichungen zwischen Stichprobe und Grundgesamtheit abermals im sehr niedrigen einstelligen Prozentbereich bewegen. Die Nähe bestimmter Werte aus der Stichprobe zu denen aus der Grundgesamtheit darf jedoch nicht zu der Schlussfolgerung führen, dass die Stichprobe ebenso in allen anderen Bereichen des Fragebogens „automatisch“ repräsentativ für die Gesamtbevölkerung wäre. Solche „Repräsentanznachweise“¹¹ bieten allenfalls die Möglichkeit, die Zufallsauswahl (grob) zu kontrollieren.¹² Die Aussagekraft der Ergebnisse im Hinblick auf ihre Übertragbarkeit auf die Grundgesamtheit muss daher für jedes Item einzeln untersucht werden.

¹¹ Schnell/Hill/Esser (2018), Methoden der empirischen Sozialforschung, S. 278.

¹² Schnell/Hill/Esser (2018), Methoden der empirischen Sozialforschung, S. 278 f.

4. Ergebnisse der repräsentativen Bürgerbefragung in Lohfelden

Im Folgenden werden die zentralen Ergebnisse der Bürgerbefragung in Lohfelden dargestellt. Die Aussagen lassen sich innerhalb der oben ausgeführten statistischen Grenzen über die Stichprobe hinaus auf die Gesamtbevölkerung übertragen.

4.1 Dringlichste Probleme aus Sicht der Befragten

Zunächst bekamen die Befragten im Rahmen einer geschlossenen Frage die Möglichkeit, das (aus ihrer Sicht) dringlichste Problem in Lohfelden zu benennen.

Tabelle 5: Dringlichste Probleme (nach Kategorien) in absteigender Häufigkeit.

**Bitte denken Sie an das dringlichste Problem Ihrer Kommune.
Welchem Bereich würden Sie dieses Problem zuordnen?**

	Häufigkeit	in %
Verkehr und Mobilität	293	25,9
Ich sehe kein dringliches Problem in meiner Kommune	94	16,0
Kriminalität und Sicherheit	92	16,0
Wohnen	84	11,5
Nahversorgung	71	9,7
Stadtgestaltung	69	8,6
Sonstiges	62	5,2
Kommunale Verwaltung	30	3,6
Freizeit-, Sport- und/oder Kulturangebot	29	3,0
Arbeitsmarkt	8	0,3
Gesamt	636	100,0

Mehr als ein Viertel der Befragten verortet das dringlichste Problem Lohfeldens im Bereich Verkehr und Mobilität (25,9 %). An zweiter bzw. dritter Stelle werden Kriminalität und Sicherheit angeführt (16,0 %). Inwiefern sich der Eindruck der Bürgerinnen und Bürger hier mit der polizeilichen Einschätzung bzw. der objektiven Kriminalitätslage deckt, muss in einem zweiten Schritt überprüft werden. Zwar wurden im Rahmen dieses Items auch andere Bereiche abgefragt, die von großer Bedeutung für das Leben der Bürgerinnen und Bürger sein können, allerdings dient dies in erster Linie der Einschätzung, welchen Stellenwert die für die Zielsetzung von KOMPASS relevanten Bereiche haben. Aus diesem Grund soll im Weiteren das Sicherheitsgefühl in den Blick genommen werden, welches im Rahmen der vorliegenden Bürgerbefragung umfassend erhoben wurde.

4.2 Sicherheitsgefühl & Kriminalitätsfurcht

Eines der zentralen Ziele der Bürgerbefragung in Lohfelden bestand darin, die Verbreitung von Kriminalitätsfurcht zu erfassen und mögliche Einflussfaktoren (z.B. wahrgenommene Angstorte und sogenannte „Incivilities“) auf das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger in der Stadt zu identifizieren. So kann Kriminalitätsfurcht nicht nur die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger einer Kommune beeinträchtigen, sondern auch beispielsweise dazu führen, dass Personen bestimmte Orte (und Situationen) im öffentlichen Raum meiden. Infolgedessen kann es zu einer Abnahme der informellen Sozialkontrolle an diesen Orten kommen, was wiederum die Gefahr steigender Kriminalität und Kriminalitätsfurcht mit sich bringt.¹³ Kriminalpräventive Bemühungen sollten daher folgerichtig auch auf eine Verringerung der Kriminalitätsfurcht in der Kommune abzielen.

Das subjektiv wahrgenommene Sicherheitsempfinden und die objektive Kriminalitätslage in einer Kommune müssen dabei grundsätzlich gesondert betrachtet werden: Ein proportionaler Zusammenhang zwischen objektiver (polizeistatistischer) Kriminalitätslage und dem Empfinden von Sicherheit lässt sich in den meisten Befragungen nicht feststellen. Weitgehend besteht – wenn überhaupt – nur ein schwacher Zusammenhang. Der Einfluss der objektiven Kriminalitätslage auf das Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger sollte daher nicht überschätzt werden.

Die Kriminalitätsfurcht kann – in Anlehnung an eine Kategorisierung der sozialpsychologischen Einstellungsforschung – als Konstrukt verstanden werden, welches sich aus einer gefühlsbezogenen (affektiven), einer verstandsbezogenen (kognitiven) und einer verhaltensbezogenen (konativen) Dimension zusammensetzt.¹⁴ Alle drei Dimensionen wurden mithilfe verschiedener Fragen („Items“) für Lohfelden erfasst.

¹³ LKA NRW (2006), Individuelle und sozialräumliche Determinanten der Kriminalitätsfurcht, S. 2.

¹⁴ Siehe z.B. Boers (1991): Kriminalitätsfurcht; LKA NRW (2006): Individuelle und sozialräumliche Determinanten der Kriminalitätsfurcht, S. 4.

4.2.1 Affektive Kriminalitätsfurcht

Zur Erfassung der affektiven Ebene wurden die Teilnehmer u.a. gefragt, wie sicher sie sich (tagsüber und nachts) alleine zu Fuß in der eigenen Wohngegend fühlen.

Tabelle 6: Affektive Kriminalitätsfurcht. Prozentualer Anteil der Befragten, die sich nachts / tagsüber in ihrer Wohngegend sicher oder unsicher fühlen.

Sicherheitsgefühl zu Fuß in der eigenen Wohngegend			
	Gesamt	sicher	unsicher
	Anzahl	in %	in %
nachts	642	61,7	38,3
tagsüber	629	94,6	5,4

Dabei fällt die hohe Differenz zwischen „Tages- und Nachtwerten“ auf. So fühlen sich bei Nacht 38,3 %, am Tag aber nur 5,4 % der Befragten unsicher in der eigenen Wohngegend. Darüber hinaus zeigt sich in Bezug auf Unsicherheitsgefühle bei Dunkelheit in der Wohngegend erwartungsgemäß ein statistisch bedeutsamer ($p < 0,001$) Geschlechterunterschied: 47,4 % der weiblichen Befragten geben an, dass sie sich bei Dunkelheit unsicher in der eigenen Wohngegend fühlen; bei den männlichen Teilnehmern liegt dieser Wert niedriger (26,5 %).

Tabelle 7: Affektive Kriminalitätsfurcht. Prozentualer Anteil der Befragten, die sich nachts in ihrer Wohngegend sicher bzw. unsicher fühlen / nach Geschlecht.

Wie sicher fühlen Sie sich (oder würden Sie sich fühlen), wenn Sie nachts alleine zu Fuß in Ihrer Wohngegend unterwegs sind oder wären?				
	Gesamt	weiblich	männlich	divers ¹⁵
	Anzahl	in %	in %	in %
sicher	394	52,6	73,5	–
unsicher	245	47,4	26,5	–
Gesamt	639	100,0	100,0	–

¹⁵ Da die Fallzahl der Gruppe „divers“ zu klein war, um belastbare Aussagen im Hinblick auf geschlechtsspezifische Zusammenhänge treffen zu können, können nur Auswertungen zu den Gruppen „weiblich“ und „männlich“ präsentiert werden.

Zur Erfassung der affektiven Kriminalitätsfurcht wurden darüber hinaus deliktspezifische Unsicherheitsgefühle erhoben. Dazu wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer gefragt, wie oft sie innerhalb der letzten 12 Monate die Befürchtung hatten, Opfer eines bestimmten Deliktes zu werden.

Tabelle 8: Affektive Kriminalitätsfurcht (deliktsbezogen) – Befürchtete Opferwerdung.

Wie oft hatten Sie in den letzten 12 Monaten die Befürchtung, Opfer eines der folgenden Delikte zu werden?						
	Gesamt	nie	selten	manchmal	häufig	immer
	Anzahl	in %	in %	in %	in %	in %
Körperverletzung	631	63,2	23,1	11,6	1,6	0,5
Einbruch	639	21,0	27,1	32,1	16,3	3,6
Raub	634	40,4	32,8	21,1	5,0	0,6
Sexuelle Belästigung	631	63,5	24,6	8,6	2,9	0,5
Terroranschlag	635	68,0	18,7	10,4	1,7	1,1

Mit Blick auf die Körperverletzung, die sexuelle Belästigung und den Terroranschlag lässt sich festhalten, dass die Mehrheit der Befragten nie die Befürchtung hatte, Opfer in einem dieser Deliktsbereiche zu werden. Anders verhält es sich mit der Furcht von einem Einbruch oder einem Raub betroffen zu sein.

4.2.2 Kognitive Kriminalitätsfurcht

Die verstandesbezogene (kognitive) Ebene der Kriminalitätsfurcht kann durch Fragen zur Einschätzung der persönlichen Viktimisierungserwartung und der Kriminalitätsentwicklung in der Kommune gemessen werden. Die Teilnehmenden wurden gefragt,

- für wie wahrscheinlich sie es halten, innerhalb der nächsten 12 Monate von bestimmten Delikten betroffen zu sein und,
- wie sich die Sicherheit in Lohfelden ihrer Ansicht nach in den letzten beiden Jahren entwickelt hat.

Viktimisierungserwartung

Tabelle 9 zeigt, dass die überwiegende Mehrheit der Teilnehmenden in Lohfelden eine eigene Opferwerdung hinsichtlich der abgefragten Delikte für unwahrscheinlich hält. Dies betrifft auch den Wohnungseinbruch und den Raub, vor denen sich auf affektiver Ebene noch weitaus mehr gefürchtet hatten (siehe oben).

Tabelle 9: Prozentualer Anteil der Befragten, die es für (ziemlich / sehr) wahrscheinlich bzw. (eher / sehr) unwahrscheinlich halten, innerhalb der nächsten 12 Monate Opfer eines der genannten Delikte zu werden.

**Wenn Sie an die nächsten 12 Monate denken,
für wie wahrscheinlich halten Sie es, dass Ihnen folgende Dinge passieren?**

	Gesamt	unwahrscheinlich	wahrscheinlich
	Anzahl	in %	in %
Körperverletzung	629	87,1	12,9
Wohnungseinbruch	637	60,9	39,1
Raub	628	76,3	23,7
Sexuelle Belästigung	627	89,0	11,0
Terroranschlag	629	90,0	10,0

Wie eingangs bereits betont, müssen das Sicherheitsgefühl und die polizeilich registrierte Kriminalitätsslage grundsätzlich getrennt betrachtet werden. Dennoch zeigt der Blick auf die kognitiven, deliktsbezogenen Furchtwerte, dass die persönliche Einschätzung (insbesondere in Bezug auf den Wohnungseinbruch und den Raub) nicht die an den Hellfelddaten gemessene Wahrscheinlichkeit einer Opferwerdung widerspiegelt. Nichtsdestotrotz müssen diese Gefühle ernstgenommen und dürfen nicht mit einem bloßen Hinweis auf die objektive Sicherheit abgetan werden.

Einschätzung der Kriminalitätsentwicklung in Lohfelden

Im Hinblick auf die Kriminalitätsentwicklung in Lohfelden ist mehr als die Hälfte (56,2 %) der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Meinung, dass sich die Sicherheit in Lohfelden in den letzten beiden Jahren nicht verändert hat. Auffällig ist, dass 29,2 % der Befragten meinen, dass sich die Sicherheit verschlechtert hat. 4,8 % gehen sogar von einer starken Verschlechterung aus, während nur 3,9 % der Befragten eine Verbesserung der Sicherheit feststellen.

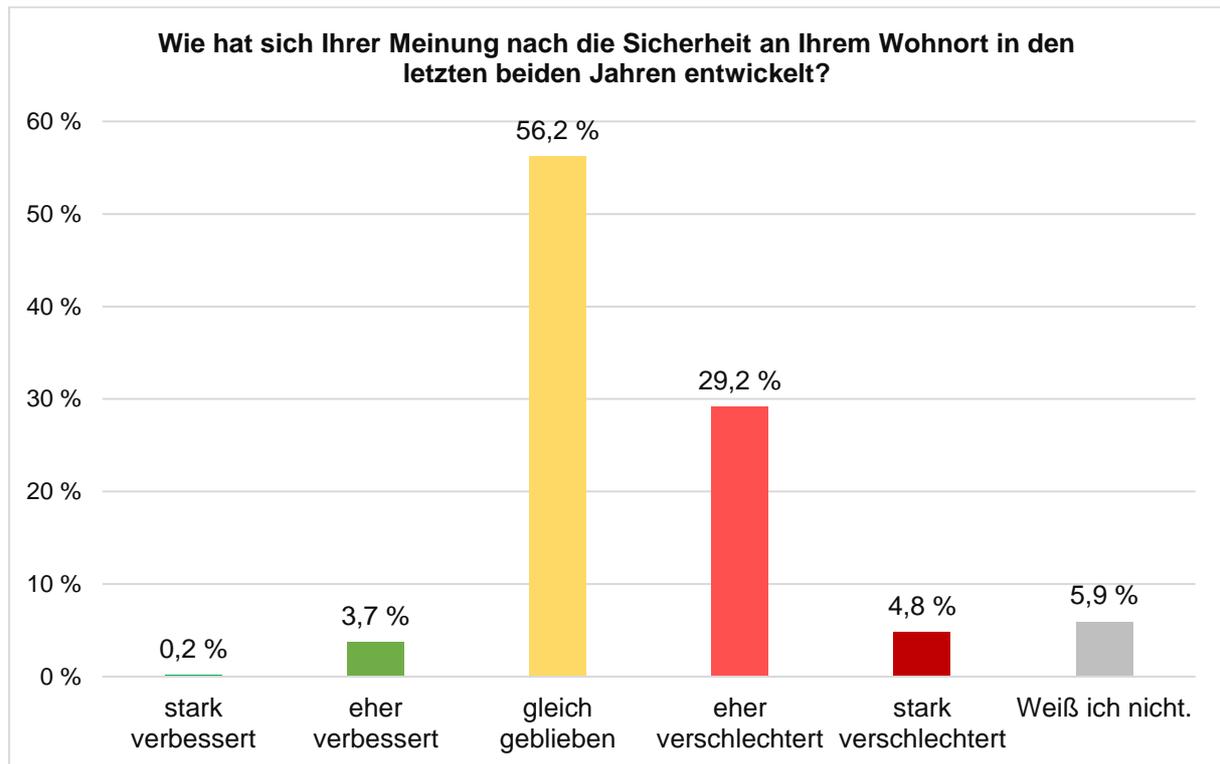


Abbildung 3: Einschätzung der Kriminalitätsentwicklung in Lohfelden (N = 641).

Grundsätzlich stellen solche Werte keinen alarmierenden Befund dar: Die Forschung zeigt, dass Kriminalität und Kriminalitätsentwicklung in Befragungen häufig überschätzt werden.¹⁶ Die Ergebnisse zur Entwicklung der Kriminalität am Wohnort eignen sich daher primär als Bezugswert für zukünftige Befragungen.

4.2.3 Konative Kriminalitätsfurcht

Im Zuge der Befragung sollte zudem erfasst werden, in welchem Ausmaß sich bestehende Unsicherheitsgefühle im Verhalten der Bürgerinnen und Bürger manifestiert haben. Diese sogenannte konative (verhaltensbezogene) Ebene der Kriminalitätsfurcht lässt sich durch Fragen zu Vermeide- und Schutzverhalten erfassen.

Vermeideverhalten

Um das Ausmaß von Vermeideverhalten zu erheben, wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer gefragt, ob sie aus Sorge um die eigene Sicherheit bestimmte alltägliche Aktivitäten eingeschränkt haben.

¹⁶ Hinweise auf einzelne Studien finden sich beispielsweise bei *Schwind (2016)*, Kriminologie und Kriminalpolitik, S. 315 & 446.

Tabelle 10: Vermeideverhalten (N = 646).

Schränkt die Sorge um Ihre Sicherheit Ihre alltäglichen Aktivitäten ein?	
	in %
Ich gehe seltener aus dem Haus	8,2
Ich meide große Menschenmengen	21,4
Ich nutze seltener öffentliche Verkehrsmittel	16,6
Ich meide tagsüber bestimmte Orte in meiner Stadt	5,1
Ich meide nach Anbruch der Dunkelheit bestimmte Orte in meiner Stadt	35,0
Ich gehe möglichst nicht allein aus dem Haus	8,2
Ich nehme selten oder gar nicht mehr an Großveranstaltungen teil	16,1

In Befragungen zeigt sich regelmäßig, dass bestimmte Orte im Stadtgebiet bei Dunkelheit eher gemieden werden als tagsüber. Dies gilt auch für Lohfelden: Tabelle 10 belegt, dass 35 % der Befragten nach Einbruch der Dunkelheit bestimmte Orte im Stadtgebiet meiden; am Tag sind es nur 5,1 %. Immerhin 21,4 % geben an, große Menschenmengen aus Sorge um ihre Sicherheit zu meiden. 16,1 % der Teilnehmenden nehmen aus demselben Grund selten oder gar nicht mehr an Großveranstaltungen teil.

Schutzverhalten

Zur Erfassung des Schutzverhaltens wurden die Teilnehmenden gefragt, ob sie bereits Maßnahmen getroffen haben, um sich persönlich sicherer zu fühlen.

Tabelle 11: Schutzverhalten – Maßnahmen zur Steigerung des eigenen Sicherheitsgefühls (N = 643).

Haben Sie bereits Maßnahmen getroffen, um sich persönlich sicherer zu fühlen?	
	in %
Ich trage zum Schutz ein Messer bei mir	2,5
Ich trage zu meinem Schutz Reizgas / Elektroschocker / Alarmgeräte o.Ä. bei mir	8,7
Ich habe mir einen Hund angeschafft	5,8
Ich habe einen (kleinen) Waffenschein beantragt	1,1
Ich habe zu Hause einen Einbruchschutz installiert / installieren lassen	25,2

Dabei geben 8,7 % an, zum persönlichen Schutz Selbstverteidigungsmittel wie Reizgas, Elektroschocker o.Ä. mitzuführen. Ein Messer führen 2,5 % der Befragten zum Schutz mit

sich. Ebenso geben 1,1 % an, einen (kleinen) Waffenschein beantragt zu haben. Aus kriminologischer Sicht muss festgehalten werden, dass präventive Selbstbewaffnung mit erheblichen Risiken behaftet ist, da eine größere Verfügbarkeit von Waffen jeglicher Art das Risiko ihres Einsatzes steigert.¹⁷

25,2 % der Befragten geben an, zur Verbesserung des eigenen Sicherheitsgefühls einen Einbruchschutz installiert zu haben. Ob dieser Wert als Ausdruck gesteigerter Unsicherheitsgefühle zu deuten ist oder ob er sich möglicherweise auch auf andere Einflussfaktoren (wie z.B. eine intensivierete Präventionsarbeit auf dem Gebiet des Einbruchsschutzes) zurückführen lässt, kann durch die vorliegende Befragung nicht beantwortet werden. Unter kriminalpräventiven Gesichtspunkten ist ein solches Schutzverhalten jedoch insgesamt positiv zu bewerten: Durch technische Sicherungsmaßnahmen kann es gelingen, Täter von einer Tatbegehung abzuhalten. Zudem zeigt sich insbesondere bei Tätern ohne hohen „Professionalisierungsgrad“ eine Schutz- bzw. Abschreckungswirkung.¹⁸

¹⁷ Kreuzer (2017), Selbstbewaffnung, S. 586.

¹⁸ Feltes (2004), Wirksamkeit technischer Einbruchsprävention bei Wohn- und Geschäftsobjekten, S. 196.

4.3 Subjektive Wahrnehmungen & Erfahrungen

Um mögliche Ansatzpunkte zur Verbesserung des Sicherheitsgefühls identifizieren zu können, sollen nun die subjektiven Wahrnehmungen und Erfahrungen der Befragten thematisiert werden, die das Sicherheitsgefühl beeinflussen können. Zwar handelt es sich hierbei nur um eine Auswahl von Einflussfaktoren, gleichwohl eignen sich diese (insbesondere Incivilities und Angstorte) aber hervorragend, um sowohl auf die subjektive als auch die objektive Sicherheitslage positiv zu einzuwirken.

4.3.1 Incivilities

Bürgerinnen und Bürger machen Sicherheitsbeeinträchtigungen in der Regel nicht direkt an Kriminalität fest, da diese auch nicht immer zu beobachten ist.¹⁹ Sie empfinden Furcht bei mittlerweile gut erforschten, immer gleichen Stereotypen und Vorurteilen, die aber eine hohe Relevanz haben.²⁰ Man unterscheidet zwischen sogenannten physischen Verwahrlosungserscheinungen („physical disorder“) – wie herumliegendem Müll, verwahrlosten und heruntergekommenen, verlassenen Gebäuden und Grundstücken, Verschmutzungen und Graffiti, dunklen Angsträumen etc. – und sozialem Problemverhalten („social disorder“) – wie herumstehenden oder -sitzenden Gruppen (vornehmlich männlicher Jugendlicher), Obdachloser oder öffentlichem Alkohol- und Drogenkonsum (Trinker- und Drogenszenen).²¹ Häufig sind lautes und dominantes Verhalten im öffentlichen Raum sowie Fremdheit Auslöser von Unsicherheit. Die Beobachtungen werden als furchteinflößend wahrgenommen; Bürger verbinden damit Unsicherheit, fehlende Sozialkontrolle und mögliche Opferwerdung in naher Zukunft.

Die tabellarisch dargestellten Ergebnisse zeigen die Incivilities, also diejenigen physischen oder sozialen Verwahrlosungserscheinungen, die aus der Sicht der Befragten in Lohfelden ein ziemliches oder ein großes Problem darstellen. Deren Erfassung ist ein wichtiges Instrument, um zielgerichtete Präventionsmaßnahmen erarbeiten und implementieren zu können. Abgefragt wurden typische Items, die aufgrund kriminologischer Erkenntnisse Kriminalitätsfurcht, Unsicherheitsgefühle oder die Wahrnehmung fehlender Sozialkontrolle auslösen können.

¹⁹ BMI/BMJV (2001), 1. PSB, S. 39.

²⁰ Hermann (2017), Heidelberger Audit-Konzept, S. 16.

²¹ Hermann (2017), Heidelberger Audit-Konzept, S. 16.

Tabelle 12: Prozentualer Anteil der Befragten, die die aufgeführten Punkte als (ziemliches oder großes) Problem in der eigenen Wohngegend ansehen / Mehrfachnennungen möglich.

Incivilities		
	N	problematisch
	Anzahl	in %
heruntergekommene und leerstehende Gebäude	604	12,4
besprühte/beschmierte Hauswände	607	7,6
Schmutz / Müll in den Straßen oder Grünanlagen	618	30,1
Gruppen herumstehender oder -sitzender Jugendlicher	614	20,8
undiszipliniert fahrende Autofahrer	619	48,8
schlechte Straßenbeleuchtung	614	26,1
falsch parkende Autos	614	28,8
Drogenabhängige	602	11,0
Betrunkene	608	10,4
beschädigte Abfalleimer, Haltestellen, Fahrräder etc.	613	23,8
Lärmbelästigung	613	23,7

Anhand der Darstellung lässt sich zunächst erkennen, dass die aufgeführten Incivilities von den Bürgerinnen und Bürgern als unterschiedlich problematisch empfunden werden. Dies ist zwar nicht überraschend, stellt aber dennoch eine wichtige Erkenntnis dar: Mit Blick auf die angestrebte Implementierung von Maßnahmen zur Bekämpfung von Kriminalität(-sfurcht) zeigen sich hier bereits *mögliche* Problemschwerpunkte.

Während die Erarbeitung von Präventionsmaßnahmen gegen die Formen von „social disorder“ regelmäßig eine tiefergehenden Analyse der aktuellen Situation erfordert und auch auf unterschiedlichen Präventionsebenen erfolgen sollte, gestaltet sich beispielsweise die Präventionsarbeit gegen mangelnde Beleuchtung geradezu banal.²² Die Auswirkungen schlechter (Straßen-)Beleuchtung auf die Kriminalitätsfurcht wird in zahlreichen Studien belegt und kann als gesichertes kriminologisches Wissen verstanden werden. So stellt die Installation von Beleuchtungsanlagen wie Straßenlaternen o.Ä. regelmäßig ein gut geeignetes und vor allem effektives Mittel zur Bekämpfung der von der Dunkelheit ausgehenden Kriminalitätsfurcht dar.

²² Siehe hierzu Erb / Bannenber / Herden / Pfeiffer (2020), Städtebauliche Kriminalprävention auf Evidenzbasis, S. 21-24.

Ähnlich verhält es sich mit wahrgenommenem Schmutz und Müll in den Straßen und Grünanlagen. Grundsätzlich handelt es sich hierbei um ein typisches Beispiel für „physical disorder“, welches suggeriert, dass an diesen Stellen Sozialkontrolle, insbesondere formeller Art (durch Ordnungsamt und Polizei) nicht oder nur in ungenügendem Maße ausgeübt wird. Dabei ist regelmäßig zu beobachten, dass sich diese Art von Incivilities bei Nichtbeachtung zunehmend verstärkt (vgl. den sog. „Broken-Windows-Effekt“). Daher gilt generell für Kommunen die Empfehlung, insbesondere physische Verfallserscheinungen, welche sich oftmals schnell und vergleichsweise kostengünstig beseitigen lassen, auch tatsächlich kurzfristig zu beheben. Die Ausführungen hinsichtlich der Auswirkungen der sogenannten „physical disorder“ in Bezug auf Schmutz und Müll in den Straßen und Grünanlagen können auch auf heruntergekommene und leerstehende Gebäude übertragen werden. In diesem Zusammenhang besteht die Gefahr eines sog. „Trading-Down-Effekts“, also einer sukzessiven Abwärtsentwicklung eines Stadtteils, die letztlich auch zu einer sozialen Segregation führen kann, aus der wiederum neue – aus kriminologischer Sicht relevante – Probleme entstehen können. Daher ist es ratsam, auch leerstehende und heruntergekommene Gebäude im Rahmen der kommunalen Möglichkeiten buchstäblich „wiederzubeleben“ und einer neuen Verwendung zuzuführen.

Anders ist es mit der Gruppe der sozialen Incivilities. Hierzu zählen u.a. Gruppen herumstehender oder -sitzender Jugendlicher. Dabei handelt es sich um Jugendliche und Heranwachsende, die kein erkennbares Ziel verfolgen und sich im öffentlichen Raum (in der Regel in Gruppen) aufhalten. Auch wenn von diesen nicht zwangsläufig eine Bedrohung in objektiver Hinsicht ausgehen muss, kann allein die Anwesenheit einen negativen Einfluss auf die Kriminalitätsfurcht haben. Umso mehr gilt es jedoch, die betreffenden Jugendlichen nicht pauschal – und buchstäblich – als „furchterregend“ zu stigmatisieren. Stattdessen muss der Abgleich mit anderen Erkenntnisquellen (der Kommune, der Polizei) als zwingende Voraussetzungen begriffen werden. Denn nur wenn klar ist, um wen bzw. welche Art von Gruppe es sich handelt (z.B. kriminell / nicht-kriminell), kann in einem nächsten Schritt über Maßnahmen nachgedacht werden.

Alles in allem offenbart die Betrachtung der Ergebnisse zu den jeweiligen Incivilities Anhaltspunkte, in welchen Bereichen Präventionsmaßnahmen entwickelt und implementiert werden sollten. Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch die jeweilige Überprü-

fung *vor Ort* und der Abgleich mit den polizeilichen Hellfelddaten (!). Sofern sich die Einschätzung der Bevölkerung bestätigt, können in einem nächsten Schritt konkrete Überlegungen zu (hot-spot-spezifischen) Präventionsmaßnahmen angestellt werden.

4.3.2 Wahrnehmung von Angstorten

Um mögliche Ansatzpunkte zur Verbesserung des Sicherheitsgefühls identifizieren zu können, müssen immer auch die mit der Befragung erhobenen Einflussfaktoren thematisiert werden. Hierzu zählt u.a. die Wahrnehmung von Angstorten in der Kommune, die das Sicherheitsgefühl beeinträchtigen können. Der Identifizierung von Angstorten innerhalb der Kommune kommt daher eine hohe Priorität zu. Dies liegt u.a. einen dadurch begründet, dass solche Orte in (fast) jeder Kommune existieren und die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger beeinträchtigen können. Hierbei handelt es sich – ganz grundsätzlich betrachtet – um Orte,

„(...) an denen einzelne oder mehrere Mitglieder bestimmter Bevölkerungsgruppen aus spezifischen Gründen (Geschlecht, Alter, Hautfarbe, sexuelle Orientierung, Anwesenheit bestimmter Personen usw.) sich vor einer möglichen gegen sie gerichteten Kriminalität fürchten.“²³

Neben dem bloßen Unwohlgefühl kommt den Angstorten mit Blick auf die Entstehung und Verfestigung krimineller Strukturen aber auch eine kriminologische Bedeutung zu. So können Angstorte dazu führen, dass gewisse Bevölkerungsgruppen diese meiden (siehe konative Kriminalitätsfurcht) und folglich an diesen Orten keine informelle Sozialkontrolle (mehr) ausüben. Hierdurch kann durch das Zurückbleiben problematischer Gruppen und die damit verbundene Segregation ein sogenannter „Filtering-Down“-Prozess²⁴ entstehen,²⁵ sodass mittel- bis langfristig bei Untätigkeit der Behörden im schlimmsten Fall ganze Stadtviertel dem (sozialen) Verfall preisgegeben werden. Dabei können die von den Bürgerinnen und Bürgern als Angstorte empfundenen Plätze innerhalb einer Kommune deutlich von der Einschätzung der kommunal Verantwortlichen wie auch der Polizei abweichen. So werden regelmäßig auch Orte, an denen keine Belastung

²³ Döring (2008), Angstzonen, S. 98.

²⁴ Schwind et al. (1978), Empirische Kriminalgeographie, S. 218.

²⁵ Dünkel & Schmidt (2018), Evidenzorientierte Kriminalprävention, S. 749.

durch Kriminalität bekannt ist (und teilweise auch tatsächlich nicht besteht) von den Befragten als Angstorte empfunden.²⁶ Diese Orte lassen sich oftmals mit einfachen, mitunter sogar banalen Mitteln und Maßnahmen entschärfen.

Die Bürgerinnen und Bürgern wurden zunächst gefragt, ob es einen Ort in Ihrer Kommune gibt, an dem sie sich unsicher fühlen.

Tabelle 13: Wahrnehmung von Angstorten.

Gibt es einen Ort in Ihrer Stadt / Gemeinde, an dem Sie sich unsicher fühlen?		
	Häufigkeit	in %
Ja	207	33,4
Nein	412	66,6
Gesamt	619	100,0

Anschließend bekamen die Befragten die Gelegenheit, in einem freien Textfeld nähere Angaben zu der jeweiligen Problematik zu machen. Dabei konnte nicht nur der betreffende Ort genannt, sondern auch die Gründe für die dort herrschenden Unsicherheitsgefühle schlagwortartig ausgeführt werden.²⁷

An dieser Stelle ist darauf hinzuweisen, dass die Ergebnisse aufgrund des zu geringen Rücklaufs im Hinblick zu dieser Fragestellung hier **nicht** übertragbar auf die Gesamtheit sind. Die Antworten können jedoch Tendenzen aufzeigen, die es im Weiteren näher zu betrachten gilt. Darüber hinaus bleibt festzuhalten, dass es sich bei den nachfolgenden Angaben – wie schon bei den Incivilities (siehe Abschnitt 4.3.1) – um *subjektive* Eindrücke und Beschreibungen der Befragten handelt.

²⁶ Frevel (2012), Kriminalität und lokale Sicherheit, S. 597.

²⁷ Der nachfolgende Text enthält anonyme Originalzitate, die unverändert übernommen wurden und die subjektive Ansicht der Befragten widerspiegelt.

Tabelle 14: Konkrete Angstorte und Gründe für dort empfundene Unsicherheitsgefühle.

**Bitte nennen Sie diesen Ort und schildern Sie uns schlagwortartig,
warum Sie sich dort unsicher fühlen.**

#	Genannter Ort	Häufigkeit
1	Bürgersee/ Dr.-Walter-Lübcke-Platz	77
	– Personengruppen	60
	– Dunkelheit	12
	– Schmutz & Müll	6
	– Sonstiges	2
2	Friedrich-Ebert-Ring / Berliner Platz (über Hauptstraße bis Hauptfriedhof)	53
	– Personengruppen	41
	– Schmutz & Müll	9
	– Dunkelheit	3
	– Sonstiges	3
3	Grüne Mitte/ Park	30
	– Personengruppen	22
	– Dunkelheit	6
	– Schmutz & Müll	3
	– Sonstiges	2
4	Freibad / Stadion Nordhessen (inkl. Autobahnunterführung & Bereich um Supermarkt)	10
	– Personengruppen	5
	– Dunkelheit	5
	– Lage & Umgebung	3

Der **Bürgersee / Dr.-Walter-Lübcke-Platz** wird mit 77 Nennungen am häufigsten als Angstort genannt. Die sich dort aufhaltenden Personengruppen werden dabei 60-mal als Grund für die Nennung angegeben. Der Ort sei ein Treffpunkt für Jugendliche, Männer, Personen mit Migrationshintergrund, fremde Menschen und „*halbstarke Autoposer*“ sowie „*vermummte Gestalten*“. Die Personen würden sich meist in den Abendstunden in Gruppen versammeln und dort „*herumlungern*“. Die Befragten beschreiben sie als „*unan- genehm*“, „*rücksichtslos*“, „*respektlos*“, „*unberechenbar*“, „*aggressiv*“ und „*gewaltbereit*“. Die Personen seien laut und hätten keinen Anstand, sie würden sich „*nicht regelkonform verhalten*“. Es käme zu Pöbeleien, Schlägereien und auch sexuellen Übergriffen – besonders

auf Frauen. Eine Person nennt die Gegend einen „*sozialen Brennpunkt*“. Eine andere Person berichtet von Schimpfwörtern, welche gegenüber Passanten verwendet werden, die nicht für die Ohren von Kindern bestimmt seien. Auch seien Alkohol- und Drogenkonsum ebenso wie der Handel mit Drogen zu beobachten; es handle sich um einen Drogenumschlagsplatz. Mehrfach berichten die Befragten zudem von einem allgemeinen Unsicherheitsgefühl, das am Bürgersee/ Dr.-Walter-Lübcke-Platz zu verspüren sei. Der Bereich sei zu dunkel (Dunkelheit – 12 Nennungen), die Beleuchtung sei mangelhaft. Dies lasse gerade in den Abendstunden eine unheimliche Atmosphäre entstehen. 6-mal wird herumliegender Schmutz und Müll angesprochen. Der Bereich um den Bürgersee sei „*verdreckt*“, es seien Müllansammlungen zu beobachten. Eine Person berichtet von Ratten, eine andere beschreibt, dass dort herumliegendes Fixerbesteck für Drogenkonsum zu finden sei.

Der **Friedrich-Ebert-Ring / Berliner Platz** wird mit 53 Nennungen als weiterer Angstort angegeben. Auch hier werden als häufigster Grund der Nennung die sich dort aufhaltenden Personengruppen (41 Nennungen) angegeben. Beschrieben werden in diesem Zusammenhang Jugendliche, junge Männer, Ausländer, Personen mit Migrationshintergrund, „*Machos*“ und „*zweilichtige Gestalten*“, die sich dort versammeln und den Bereich als Treffpunkt nutzen würden. Die Personen hätten Langeweile und würden dort „*herumlungern*“. Sie seien darüber hinaus „*rücksichtslos*“, „*komisch*“, „*unheimlich*“ und schlecht einschätzbar. Eine Person beschreibt die Personengruppen als Parallelgesellschaft. Sie würden ein allgemeines Unwohlgefühl hervorrufen, da sie undurchsichtig und nicht vertrauensvoll und seien. Mithin fielen sie durch anstößiges Verhalten auf; einige Personen(-gruppen) würden „*Stress suchen*“. Der Konsum von Alkohol und Drogen sei ebenso zu beobachten wie der Drogenhandel. Auch hier handle es sich um einen Drogenumschlagsplatz. Die Ansammlungen seien sehr laut, überdies werde laute Musik gespielt. Beschrieben wird die Angst, hier Opfer eines Diebstahls oder Raubes zu werden. Als weitere Gründe für die Nennung des Friedrich-Ebert-Ring/ Berliner Platz als Angstort werden herumliegender Schmutz und Müll (9 Nennungen) und die Dunkelheit des Bereichs (3 Nennungen) angegeben. Es sei dreckig und heruntergekommen, Müll und Gerümpel lägen herum. Ebenfalls würden die dort stehenden Wohnblocks verwahrlosen, was zusätzlich für Unbehagen Sorge. Die soziale Struktur sei schlecht, der Bereich insgesamt ungepflegt. Es fehle an Beleuchtung, worunter das Sicherheitsgefühl leide.

Einen weiteren Angstort bildet der Bereich der **Grünen Mitte** und des **Parks** (30 Nennungen). 22 Nennungen beziehen sich auf Personengruppen. Jugendliche, Personen mit Migrationshintergrund, junge Männer, Männer in Gruppen, Ausländer und „*seltsame Gestalten*“ würden den Ort als Treffpunkt nutzen, „*herumsitzen*“ und dort Alkohol und Drogen konsumieren. Die Personengruppen würden „*provozieren*“ und „*pöbeln*“. Die Befragten geben an, dass die Personen keinen Anstand und kein Benehmen hätten und oftmals keine Rücksicht zeigen würden. Es käme zu Gewalt unter Jugendlichen. Eine Person berichtet von freilaufenden Hunden. Die Dunkelheit wird sechsmal genannt. Es fehle an Beleuchtung, was die Unsicherheit verstärke. Der Bereich sei zusätzlich einsam und es seien – ausgenommen der thematisierten Personengruppen – nur wenige Menschen dort unterwegs. Darüber hinaus seien Schmutz und Müll zu finden (3 Nennungen), auch lägen Spritzen herum. Dies führe zu einer Verwahrlosung der Grünen Mitte und des Parks.

Das **Freibad / Stadion Nordhessen inkl. Autobahnunterführung** und der direkt angrenzende Bereich um einen **Supermarkt** werden 10-mal als Angstort wahrgenommen. Fünf Nennungen beziehen sich auf Personengruppen, die sich dort aufhalten. Es komme dort zu Personenansammlungen, die sich nicht regelkonform verhalten würden. Sie werden als „*dubios*“ beschrieben. Die Dunkelheit wird fünfmal, die Lage und die Umgebung werden dreimal genannt. Abgesehen von den beschriebenen Personengruppen seien dort kaum andere Menschen unterwegs. Der Bereich sei einsam, es entstehe ein Unsicherheitsgefühl. Ebenfalls sei er unbeobachtet und kann von außen nicht eingesehen werden, es gäbe keine Überwachung durch die Polizei. Die Straßenlaternen seien defekt oder zugewachsen, die Beleuchtung dadurch schlecht; allgemein sei es dunkel. Insgesamt habe man dort als Passantin oder Passant ein unsicheres Gefühl.

4.3.3 Viktimisierungserfahrungen in den letzten 12 Monaten

Die eigene Prävalenz, sprich die Viktimisierungserfahrung innerhalb eines bestimmten Zeitraums (hier die letzten 12 Monate), wird mitunter als einer der zentralen Einflussfaktoren für Kriminalitätsfurcht angesehen.²⁸ Tabelle 15 zeigt, wie häufig die Befragten in den letzten 12 Monaten (auch außerhalb von Lohfelden) Opfer einer Straftaten wurden.

²⁸ Siehe z.B. Müller (2018), Das subjektive Sicherheitsgefühl, S. 43 ff.

Tabelle 15: Viktimisierungserfahrungen der Befragten in den letzten 12 Monaten (Prävalenzen).

Sind Sie in den letzten 12 Monaten Opfer einer Straftat geworden?		
	Häufigkeit	in %
Ja	41	6,5
Nein	594	93,5
Gesamt	635	100,0

Interessant ist in diesem Zusammenhang vor allem der Blick auf die Anzeigequote. Diese gibt an, wie häufig Taten den Strafverfolgungsbehörden gemeldet werden. Auch wenn die obige Übersicht aufgrund des Stichprobenumfangs **nicht repräsentativ** für Lohfelden ist, verdeutlicht sie dennoch eindrücklich, dass – aus vielfältigen Gründen – längst nicht alle Straftaten der Polizei oder der Staatsanwaltschaft gemeldet werden.²⁹

Tabelle 16: Anzeigeverhalten.

Haben Sie oder eine andere Person die Tat bei der Polizei oder bei der Staatsanwaltschaft angezeigt?		
	Häufigkeit	in %
Ja	27	73,0
Nein	10	27,0
Gesamt	37	100,0

²⁹ Zur Bedeutung des Anzeigeverhaltens siehe oben sowie *Birkel et al. (2022)*, SKiD 2020, S. 65.

4.4 Präventionsansätze aus Sicht der Befragten

Zum Abschluss der Erhebung wurden die teilnehmenden Bürgerinnen und Bürger gefragt, was aus ihrer Sicht getan werden müsste, um die Sicherheit in Lohfelden zu verbessern. Bei der nachfolgenden Liste konnten mehrere Punkte ausgewählt werden:

Tabelle 17: Liste mit Präventionsvorschlägen (Mehrfachauswahl).

Bitte schildern Sie uns abschließend, was müsste aus Ihrer Sicht getan werden müsste, um die Sicherheit in Lohfelden zu verbessern?

	N	davon „Ja“
	Anzahl	in %
Neuschaffung / Ausbau bestehender Präventionsprojekte	535	54,0
mehr / bessere Beleuchtung	572	56,5
mehr Präsenz des Ordnungsamtes	577	65,9
Ausbau des Kultur- und Freizeitangebotes	542	50,9
mehr Polizeipräsenz	569	54,3
stärkere Verkehrsüberwachung	568	57,0
strengere Strafverfolgung durch die Polizei	546	58,8
Ausbau der digitalen Infrastruktur	539	66,8

Wie sich zeigt, erfreuen sich alle aufgeführten Präventionsansätze großer Beliebtheit bei den Befragten. Während Maßnahmen im Zusammenhang mit (besserer) Beleuchtung aufgrund der eindeutigen Forschungslage auch aus wissenschaftlicher Sicht durchweg zu befürworten sind,³⁰ ist bei der Implementierung anderer Präventionsansätze jedoch „Vorsicht“ geboten. Denn nicht jeder Wunsch bringt auch den gewünschten Erfolg. Das zeigt zum Beispiel die Forderung nach mehr Polizeipräsenz.³¹ Hierbei handelt es sich um einen Wunsch, der sowohl zeitlos als auch weit verbreitet ist. So zeigen Befragungsstudien weltweit immer wieder, dass sich in der Regel zwei Drittel der Teilnehmerinnen und Teilnehmer mehr polizeiliche Präsenz wünschen. Weniger eindeutig sind dagegen die wissenschaftlichen Erkenntnisse in Bezug auf ihre Wirkung: In der Zusammenschau der Forschung lässt sich keine zuverlässige Evidenz finden, dass „mehr Polizei“ unweigerlich zu

³⁰ Siehe Abschnitt 4.3.1 dieses Berichts.

³¹ Ausführlich hierzu sowie zum Folgenden siehe die Arbeit von Pfeiffer (vsI. 2024), die noch in diesem Jahr erscheinen wird.

„mehr Sicherheitsgefühl“ führt,³² sondern unter Umständen sogar das Gegenteil zur Folge haben kann.³³ Erschwerend kommt hinzu, dass es bis heute – selbst international – nur eine Handvoll fundierter Studien zu dieser Fragestellung gibt.³⁴ In Deutschland wurde erst vor kurzem das bundesweit erste echte Feldexperiment zum Einfluss von Polizeipräsenz auf das Sicherheitsgefühl und die Kriminalitätslage abgeschlossen – mit überraschendem Ausgang.³⁵

Hinter anderen Forderungen steckt dagegen mehr als es auf den ersten Blick den Anschein erweckt. So darf der Apell, das Kultur- und Freizeitangebot auszubauen, nicht etwa als simpler Wunsch nach mehr Unterhaltung abgetan werden. Insbesondere im Hinblick auf den Abbau von Vorurteilen zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen kann die Schaffung geeigneter Begegnungsmöglichkeiten zielführend sein.³⁶ Natürlich darf auch dies nicht blind geschehen. Vorab muss überprüft werden, um welche Gruppen es im Konkreten geht, da es weder im Interesse einer Kommune noch in dem ihrer Bürgerinnen und Bürger liegt, einen Ort der Begegnung für problematische oder gar kriminelle Gruppierungen zu schaffen.

Unabhängig davon, welche Präventionsansätze (auch über die genannten Maßnahmen hinaus) jedoch am Ende in Betracht gezogen oder implementiert werden: Es sollte stets sichergestellt werden, dass fundierte wissenschaftliche Erkenntnisse existieren, die die Wirksamkeit der betreffenden Maßnahme belegen. Andernfalls setzt eine Kommune sich und ihre Bevölkerung der Gefahr aus, dass wertvolle Ressourcen in vermeintliche Präventionsprojekte investiert werden, die entweder keine Wirkung zeigen oder schlimmstenfalls das verstärken oder hervorrufen, das eigentlich mit ihnen verhindert werden soll.

³² Dau et al. (2021), Policing Directions, a Systematic Review on the Effectiveness of Police Presence, S. 20.

³³ Hinkle & Weisburd (2008), The irony of broken windows policing, S. 509.

³⁴ Dau et al. (2021), Policing Directions, a Systematic Review on the Effectiveness of Police Presence, S. 18.

³⁵ Siehe Pfeiffer (vs. 2024): Der Einfluss von Polizeipräsenz auf das Sicherheitsgefühl und die Kriminalitätslage – eine randomisierte Kontrollstudie.

³⁶ Christ et al. (2014), Contextual effect of positive intergroup contact on outgroup prejudice, S. 3996.

5. Ausblick auf das weitere Vorgehen im Rahmen von KOMPASS

Abschließend stellt sich nun natürlich die Frage, wie es auf Grundlage der Ergebnisse der Bürgerbefragung weitergeht bzw. welche Schritte als Nächstes vorzunehmen sind. Abbildung 4 zeigt die Prozessstruktur³⁷ der Initiative KOMPASS. Im Rahmen der sogenannten „Feinanalyse der Sicherheitslage“ soll gegenwärtig die örtliche Sicherheitslage im Zusammenwirken von Kommune, Polizei, Bürgern und sonstigen kommunalen Akteuren ermittelt werden. Die vorliegenden Ergebnisse stellen – neben der Hellfeldanalyse durch die Polizei und der Erhebung der örtlichen Problemlage aus kommunaler Sicht – *einen* zentralen Bestandteil der Feinanalyse dar. Auf Grundlage dieser Analyse sollen passgenaue Lösungsangebote im Bereich der Kriminalprävention entwickelt und umgesetzt werden.

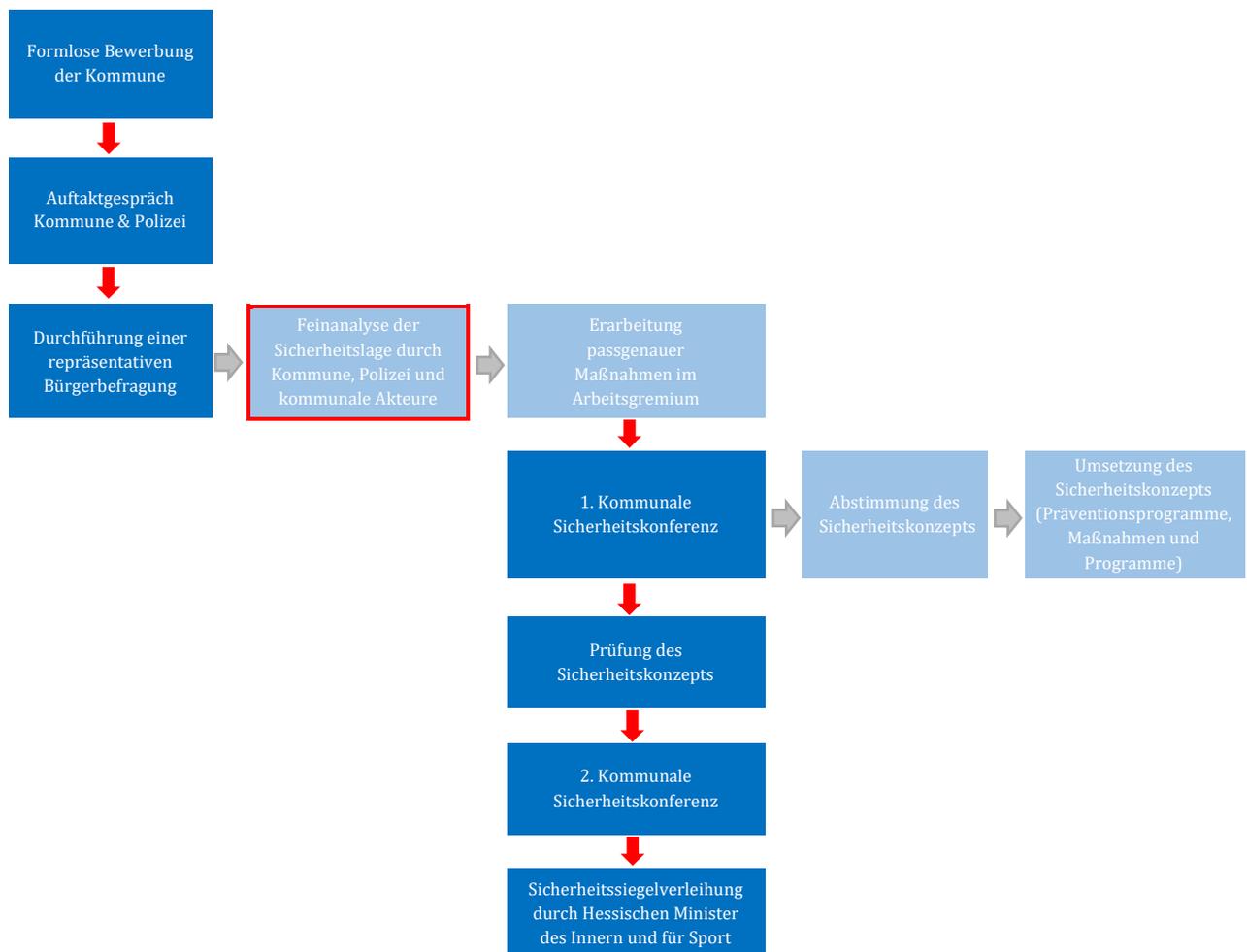


Abbildung 4: Aktueller Stand im Rahmen der Prozessstruktur des KOMPASS-Programmes in Lohfelden / Auszug aus dem Leitfaden KOMmunalProgrAmmSicherheitsSiegel³⁸ in angepasster Darstellung.

³⁷ Die Reihenfolge der einzelnen Schritte kann gegebenenfalls variieren.

³⁸ *HMdIS (2023)*, Leitfaden KOMmunalProgrAmmSicherheitsSiegel, S. 10.

Es bietet sich an, dass zunächst bestimmte Erkenntnisse, die im Rahmen dieser Befragung gewonnen wurden, durch zusätzliche Datenerhebungen von Polizei und/oder Kommune ergänzt werden.

So können **beispielsweise...**

- die subjektiven Problemwahrnehmungen der Bürger im Hinblick auf fehlende Beleuchtung, physische Verfalls- und soziale Unordnungserscheinungen (siehe Kapitel 4.3.1) mit Daten (sofern vorhanden) und Erkenntnissen der Kommune zu den jeweiligen Bereichen abgeglichen werden;
- die häufig genannten „Gruppen herumstehender oder -sitzender Jugendlicher“ (bzw. junge Männer mit Problemverhalten) Anlass zu vertieften Analysen geben (mittels polizeilicher Daten und Erkenntnissen von Stadt, Ordnungsamt, Jugendamt, Staatsanwaltschaft, Justiz und anderen), um die problematischen Personengruppen näher eingrenzen zu können; daraus können sich konkrete Maßnahmen der Reaktion und Prävention auf unangemessene Verhaltensweisen ergeben.
- Angstorte (und die in diesem Zusammenhang genannten Gründe für Unsicherheitsgefühle, siehe Kapitel 4.3.2) unter Berücksichtigung der polizeilichen Daten sowie kommunaler und polizeilicher Erkenntnisse überprüft werden;
- Gespräche mit Betreibern bzw. Mitarbeitern des ÖPNV geführt werden, um in Erfahrung zu bringen, ob sich die von den Bürgerinnen und Bürgern geschilderten Erfahrungen mit den Wahrnehmungen der Betreiber/innen bzw. Mitarbeiter/innen decken oder ob aus ihrer Sicht ganz andere Problemlagen bestehen (sofern Vorfallsberichte vorliegen, können diese analysiert werden);

Grundsätzlich gilt, dass die identifizierten Probleme überprüft und sachlich bewertet werden müssen. Darüber hinaus müssen die geschilderten Angstorte durch Polizei und Kommune im Rahmen von Begehungen unbedingt detailliert betrachtet werden.

In einem nächsten Schritt sollten die verschiedenen Daten (Hellfeldanalyse der Polizei; Erhebung der örtlichen Problemlage aus kommunaler Sicht und Ergebnisse der Bürgerbefragung³⁹) zusammengeführt werden. Zur Ergänzung dieser Daten können überdies auch Problemwahrnehmungen anderer Akteure wie beispielsweise Kirchen, Schulen, Vereine, Industrie, Handel, Handwerk, Jugendämter oder Justiz einbezogen werden. Auf Grundlage dieser Daten führen die KOMPASS-Verantwortlichen in den Polizeipräsidien gemeinsam mit den Kommunen sodann eine Feinanalyse der Sicherheitslage durch. Aufbauend auf der Feinanalyse sollen in einem weiteren Schritt passgenaue Maßnahmen durch das Arbeitsgremium erarbeitet werden.

Präventionsmaßnahmen sollten jedoch nicht nur passgenau, also auf die spezifischen Problemlagen der jeweiligen Kommune zugeschnitten, sondern vor allem auch wirksam sein. Dies ist keine Selbstverständlichkeit: Die kriminologische Wirkungsforschung zeigt, dass Präventionsmaßnahmen oft unwirksam und im schlechtesten Fall gar schädlich (also Kriminalität fördernd) sind. Entscheidungen im Hinblick auf kriminalpräventive Bemühungen sollten daher evidenzbasiert, d.h. auf Grundlage empirischer Forschungsergebnisse getroffen werden. Wichtig ist, dass bei der Auswahl der Maßnahmen auf nachweislich wirksame oder zumindest erfolgversprechende Maßnahmen zurückgegriffen wird.

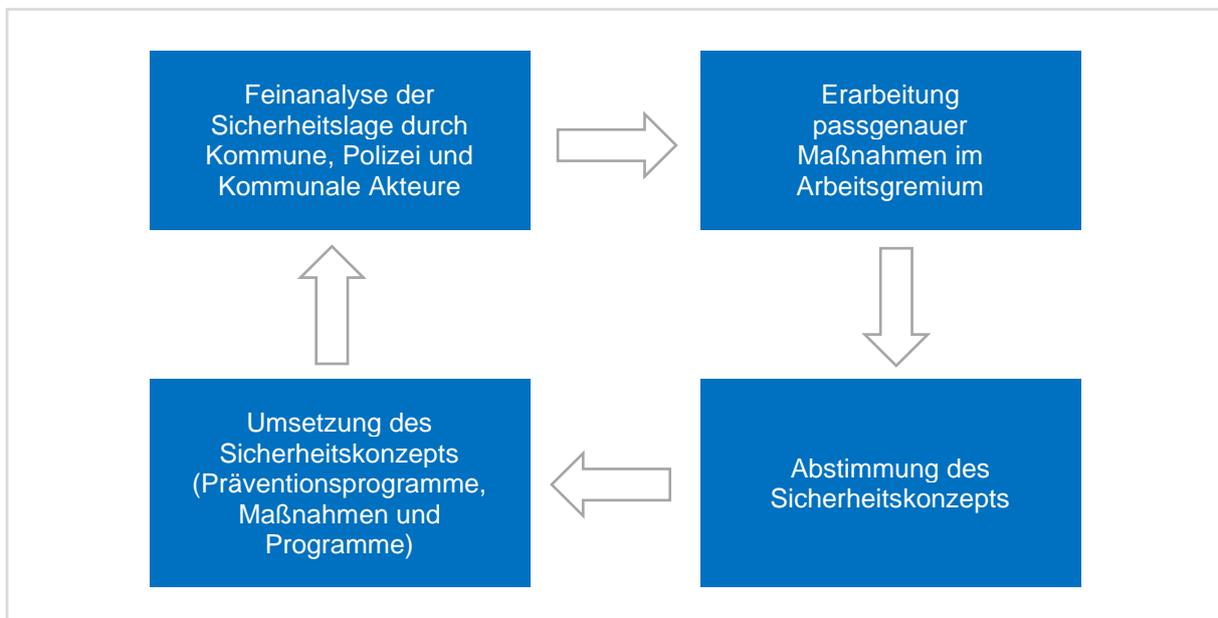


Abbildung 5: Prozesskreislauf / Eigene, angepasste Darstellung.

³⁹ Inklusive der Daten und Erkenntnisse von Kommune und Polizei zu den in der Befragung genannten Problembereichen.

Schlussendlich muss daran erinnert werden, dass der Erfolg des Vorhabens ganz entscheidend von der Verstetigung der genannten Prozesse (siehe Abbildung 5) abhängt. Einmalig erfolgende Bemühungen sind wenig zielführend. Feinanalysen der Sicherheitslage sollten in zeitlich wiederkehrenden Abständen wiederholt werden. Die Sicherheitslage in einer Kommune ist nicht gleichbleibend; sie verändert sich ebenso wie die Probleme und Ängste der Bürgerinnen und Bürger. Auch unterscheiden sich Kommunen im Hinblick auf bestehende Problemlagen. Jede Kommune weist spezifische Besonderheiten auf. Nur wenn die konkreten Problembereiche erkannt werden, kann diesen mit geeigneten Maßnahmen begegnet werden. Bestimmte Maßnahmen können in einzelnen Kommunen zielführend sein, während sie in anderen Kommunen überflüssig sind und mithin unnötig Ressourcen verbrauchen. Kommunale Kriminalprävention muss daher als flexible, dynamische und vor allem dauerhafte Aufgabe verstanden werden. Gelingt dies, ist der bisher eingeschlagene Weg sehr erfolgversprechend.

Literaturverzeichnis

- Bannenberg, Britta / Pfeiffer, Tim*: Abschlussbericht zum Kooperationsvertrag „KOM-PASS“, Gießen 2023 (unveröffentlicht).
- Birkel, Christoph / Church, Daniel/ Erdmann, Anke / Hager, Alisa / Leitgöb-Guzy, Nathalie* / Bundeskriminalamt (Hrsg.): Sicherheit und Kriminalität in Deutschland – SKiD 2020. Bundesweite Kernbefunde des Viktimisierungssurvey des Bundeskriminalamts und der Polizeien der Länder, Wiesbaden 2022.
- Boers, Klaus*: Kriminalitätsfurcht. Über den Entstehungszusammenhang und die Folgen eines sozialen Problems. Herbolzheim 1991.
- Bundesministerium des Inneren / Bundesministerium der Justiz (Hrsg.): 1. Periodischer Sicherheitsbericht der Bundesregierung, Berlin 2001.
- Bundesministerium des Inneren / Bundesministerium der Justiz (Hrsg.): 2. Periodischer Sicherheitsbericht der Bundesregierung, Berlin 2006.
- Christ, Oliver / Schmid, Katharina / Lolliotc, Simon / Swartd, Hermann / Stollee, Dietlind / Tausch, Nicole / Al Ramiah, Ananthi / Wagner, Ulrich / Vertovech, Steven / Hewstone, Miles*: Contextual effect of positive intergroup contact on outgroup prejudice, in: PNAS 111(11), 2014, S. 3996 – 4000.
- Dau, Philipp M. / Vandeviver, Christophe / Dewinter, Maite / Witlox, Frank / Beken, Tom Vander*: „Policing Directions, a Systematic Review on the Effectiveness of Police Presence“, in: European Journal on Criminal Policy and Research, 2021.
- Dünkel, Frieder / Schmidt, Katrin*: „Evidenzorientierte Kriminalprävention im Bereich der Stadtplanung – Zur Anwendung kriminalpräventiver Erkenntnisse in der städtebaulichen Praxis“, in: Walsh, Maria / Pniewski, Benjamin / Kober, Marcus / Armbrorst, Andreas (Hrsg.): Evidenzorientierte Kriminalprävention in Deutschland, Wiesbaden 2018, S. 743-757.
- Döring, Uta*: Angstzonen, Rechtsdominierte Orte aus medialer und lokaler Perspektive, Wiesbaden 2008.

Erb, Dominik / Bannenberg, Britta / Herden, Frederik / Pfeiffer, Tim: „Städtebauliche Kriminalprävention auf Evidenzbasis. Vorläufige Erfahrungen mit Kommunen im Rahmen der hessischen Sicherheitsinitiative KOMPASS“, in: *forum kriminalprävention* 01/2020, S. 21-24.

Feltes, Thomas: *Wirksamkeit technischer Einbruchsprävention bei Wohn- und Geschäftsobjekten. Eine Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung von aktuellem Täterwissen*, Bonn 2004.

Frevel, Bernhard: „Kriminalität und lokale Sicherheit“, in: Eckhardt, Frank (Hrsg.): *Handbuch Stadtsoziologie*, Wiesbaden 2012, S. 593-611.

Hermann, Dieter: *Das Heidelberger Audit-Konzept für urbane Sicherheit: HAKUS 2017*, Heidelberg 2018.

Hessisches Ministerium des Innern und für Sport: *Leitfaden KOMmunalProgrAmmSicherheitsSiegel*, 10/23, Wiesbaden 2023. Online verfügbar unter: https://innen.hessen.de/sites/innen.hessen.de/files/2023-11/hmdis_kompass-leitfaden_091023.pdf (zuletzt abgerufen am 28.05.2024).

Hinkle, Joshua C. / Weisburd, David: „The irony of broken windows policing_ A micro-place study of the relationship between disorder, focused police crackdowns and fear of crime“, in: *Journal of Criminal Justice* 36/2008, S. 503–512.

Kreuzer, Arthur: „Selbstbewaffnung. Beitrag zur Prävention oder Stimulation von Gewaltkriminalität?“, in: *Kriminalistik* 10/2017, S. 584-589.

Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen (LKA NRW): *Individuelle und sozialräumliche Determinanten der Kriminalitätsfurcht. Sekundäranalyse der Allgemeinen Bürgerbefragungen der Polizei in Nordrhein-Westfalen*, Forschungsbericht Nr. 4/2006 der Kriminalistisch-Kriminologischen Forschungsstelle, Düsseldorf 2006. Online verfügbar unter: <https://polizei.nrw/sites/default/files/2016-11/Kriminalitaetsfurcht%20%28lang%29.pdf> (zuletzt abgerufen am 02.06.2024).

Leonhart, Rainer: *Lehrbuch Statistik, Einstieg und Vertiefung*, 4., überarbeitete und erweiterte Auflage, Bern 2017.

Müller, Claudia: Das subjektive Sicherheitsgefühl. Ein Betätigungsfeld für die Polizei?, in: SIAK-Journal 3/2018, S. 43 – 52. Online abrufbar unter:

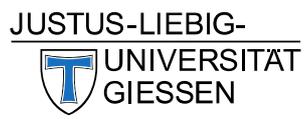
https://www.bmi.gv.at/104/Wissenschaft_und_Forschung/SIAK-Journal/SIAK-Journal-Ausgaben/Jahrgang_2018/files/Mueller_3_2018.pdf (zuletzt abgerufen am 02.06.2024).

Pfeiffer, Tim: Der Einfluss von Polizeipräsenz auf das Sicherheitsgefühl und die Kriminalitätsslage. Eine randomisierte Kontrollstudie, Gießen (vsl. 2024).

Schnell, Rainer / Hill, Paul B. / Esser, Elke: Methoden der empirischen Sozialforschung, 11., überarbeitete Auflage, Berlin / Boston 2018.

Schwind, Hans-Dieter / Ahlborn, Wilfried / Weiß, Rüdiger / Bundeskriminalamt (Hrsg.): Empirische Kriminalgeographie, Bestandsaufnahme und Weiterführung am Beispiel von Bochum („Kriminalitätsatlas Bochum“). Wiesbaden 1978.

Schwind, Hans-Dieter: Kriminologie und Kriminalpolitik, Eine praxisorientierte Einführung mit Beispielen, Heidelberg 2016.



Justus-Liebig-Universität Gießen

Professur für Kriminologie
Licher Straße 64
35394 Gießen

www.uni-giessen.de